

Auszug aus der Niederschrift der 24. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Gütersloh vom 02.03.1992

- Öffentliche Sitzung -

2. Prüfung ziviler Nutzung des derzeitigen NATO-Flughafens Gütersloh
 - Bericht über ein Gespräch im Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr -

Herr Dr. Wixforth berichtete über ein Gespräch im Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr, das er auf Veranlassung des Ministeriums dort über den Flughafen geführt habe. Das Kabinett habe den Minister beauftragt, die zivilen Nutzungsmöglichkeiten der voraussichtlich freiwerdenden Militärflugplätze zu überprüfen. Das Ministerium werde diese Prüfung durchführen. Zur Begründung sei darauf hingewiesen worden, daß man voll funktionsfähige Flughäfen nicht ohne ernsthafte Prüfung "umpflügen" könne. Die Prüfung erfolge aufgrund der Fortschreibung des NRW Luftverkehrskonzeptes.

Herr Dr. Wixforth berichtete, zur Durchführung der Prüfung sollte ein Antragsverfahren nach Luftverkehrsgesetz in Gang gesetzt werden. Den Antrag könne jede natürliche oder juristische Person stellen. Es werde jedoch für zweckmäßig gehalten, daß eine GmbH gegründet werde, die einen solchen Antrag stelle. Die Prüfung müsse sich darauf erstrecken, welcher Flugbetrieb in Zukunft durchgeführt werden solle. Im Rahmen dieser Prüfung müßten drei Gutachten erstellt werden, und zwar über die lärmphysikalische, die lärmmedizinische und die Schadstoffbelastung. Das Ministerium entscheide über einen solchen Antrag. Unter diesem Gesichtspunkt sei es naheliegend, daß sich der Minister während des Verfahrens weder positiv noch negativ über die Zukunftschancen des Flughafens äußern werde. Die Industrie- und Handelskammer Bielefeld werde bei einem Gutachter in Freiburg ein Gutachten über den regionalen Bedarf für den Passagier- und Frachtflugverkehr unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Flughäfen Paderborn/Lippstadt und Münster/Osnabrück in Auftrag geben. Ein internationales Frachtzentrum stehe nicht zur Debatte.

Herr Dr. Wixforth berichtete weiter, die IHK werde voraussichtlich eine GmbH als Antrags-GmbH gründen, die beim Ministerium den entsprechenden Antrag stelle. Dabei sei es Firmen und Kommunen freigestellt, sich an einer solchen GmbH zu beteiligen. Die im Ministerium gebildete Gruppe, die sich mit dem Luftverkehr beschäftigt, werde Ende März in den hiesigen Raum kommen, um das regionale Interesse zu erkunden. Gleichzeitig könnten Fragen eines Prüfungsantrages geklärt werden.

Herr Dr. Wixforth hielt es für erforderlich, Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium zu führen, um Fragen, die mit den Grundstücken zusammenhängen, unabhängig davon zu klären, welche Nutzung später in Betracht komme.

Herr Brinker begrüßte es, daß die Frage der Flughafennutzung endlich offiziell auf die Tagesordnung komme. Bisher sei diese wichtige Frage vom Stadtdirektor "intern" gehandhabt worden. Er stelle fest, daß der Stadtdirektor einseitig in Sachen des Flughafens zugunsten einer zivilen Nutzung unterwegs gewesen sei. Als Stadtdirektor sei es seine Pflicht gewesen, seine Vorbereitungen in beide Richtungen zu treffen und Alternativen zur Flughafennutzung ebenfalls zu überprüfen. Seine Fraktion sei über das Verhalten des Stadtdirektors sehr enttäuscht, zumal dieser offensichtlich nichts dazugelernt habe, da er bereits vor 12 Jahren ohne Ratsbeteiligung versucht habe, die zivile Nutzung voranzubringen. Dieses Verhalten sei seinerzeit vom Rat insgesamt kritisiert worden. Aus sachlicher Sicht sei die Frage aufzuwerfen, was für eine Flughafennutzung spreche, wenn in 25 Minuten der Flughafen Paderborn/Lippstadt zu erreichen sei. Auch ergebe sich die Frage nach der Notwendigkeit für einen vierten Regionalflughafen in Westfalen. Es gelte abzuwägen, was für alle Bürger der Stadt Gütersloh das Richtige sei und nicht nur auf die Belange von 15 Managern zu setzen. Einen möglichen Zivilflughafen als "Segen für die Stadt" anzusehen, fehle ihm jegliches Verständnis.

Herr Dr. Wixforth entgegnete, es sei nach der GO sein Recht, Beschlüsse vorzubereiten. Es werde immer das Interesse von 10 bis 12 Managern und der Firmen Bertelsmann und Miele in den Vordergrund gestellt. Tatsache sei jedoch, daß auch weite Bereiche der Wirtschaft und auch Gewerkschaftskreise (Herr Brandner) sich für eine Überprüfung der künftigen Nutzungsmöglichkeiten ausgesprochen hätten. Auch die Bielefelder SPD sei für eine Prüfung der Nutzungsmöglichkeiten. Ein Zivilflughafen sei durchaus ein Standortfaktor, der Arbeitsplätze positiv beeinflussen könne. Allein aus diesem Grunde biete es sich an, die künftigen Nutzungsmöglichkeiten als Zivilflughafen zu prüfen. Das Ergebnis dieser Überprüfung sei eine andere Sache. Im übrigen befinde er sich in Übereinstimmung mit der Landesregierung. Er halte es für richtig, die Frage der zivilen Nutzung zu prüfen und ggf. später in einen entsprechenden Beschlußvorschlag einzubringen. Selbstverständlich müßte auch die Fluglärmbelastung abgeklärt werden. Dabei sei jedoch bekannt, daß die Zivilflugzeuge nur etwa 1/4 des Lärms der Militärflugzeuge verursachten, so daß die Lärmbelastung insgesamt unvergleichlich geringer sein werde als bei den jetzigen Harriern. Wenn die Firma Siemens/Nixdorf den Flughafen Paderborn für "lebenswichtig" halte, wieso dürfe dann z. B. nicht auch Bertelsmann einen Flughafen für Gütersloh für "lebenswichtig" halten. Es sei notwendig, im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze für das nächste Jahrtausend diese Fragen zumindest zu untersuchen.

Auch Herr Haug-Benien kritisierte für seine Fraktion das einseitige Vorgehen des Stadtdirektors. Er verwies auf eine Tischvorlage, mit der seine Fraktion beantrage, der Hauptausschuß möge beschließen:

Die Verwaltung prüft die Realisierung eines "offenen städtebaulichen Gutachterverfahrens (OSGA)" nach dem Beispiel der Stadt Zweibrücken und berichtet dem Hauptausschuß.

Die Stadt Zweibrücken betreibe zur zivilen Konversion des Mi-

litärflughafens Zweibrücken ein offenes städtebauliches Gutachterverfahren. In einem sechsmonatigen Arbeitsprozeß hätten die zuständigen staatlichen Stellen des Landes Rheinland-Pfalz und die Stadt Zweibrücken die Bauleitplanung vorbereitet und Daten zur zweckgerichteten Nachfolgenutzung des Flughafens gesammelt. Am 18.03.1992 würden die Ergebnisse dieses Gutachterverfahrens vorgelegt. Danach sei eine Mischplanung für das ehemalige Flughafengelände vorgesehen. Auf einen Zivilflughafen größeren Stils solle verzichtet werden, weil der Flughafen Saarbrücken in der Nähe liege. Es würden vielmehr ein Gewerbe- und Ausbildungszentrum auf dem Gelände, kleinere Renaturierungen außerhalb der Verdachtsflächen auf Kontamination des Bodens und Freizeiteinrichtungen zur Naherholung vorgesehen. Seine Fraktion begrüße dieses Gutachterverfahren. Die Stadt Gütersloh solle beim Land Nordrhein-Westfalen initiativ werden und ebenfalls ein solches Verfahren einleiten. Eine zivile Nutzung stelle dabei eine von mehreren Fragen dar. Für seine Fraktion komme jedoch ein Zivilflughafen nicht in Betracht. Wenn die Nutzung als Flughafen komme, dann sehe er schon den Bau der B 61 n. Die Chancen für eine gute Bahn-anbindung der Stadt Gütersloh würden bei Schaffung eines Flughafens noch schlechter. Dieses alles halte er für Signale in die falsche Richtung.

Herr Lütkemeyer erklärte, seine Fraktion setze sich seit zwei Jahren für eine Prüfung der Gesamtsituation ein. Er halte es für richtig, ohne Ideologisierung die zivile Nutzung des Flughafens zu prüfen. Seine Fraktion verstehe die Angriffe auf den Stadtdirektor nicht. Es sei doch letztendlich Sache der Politiker, was beschlossen werde. Alle Bürger kämen nach Abzug der Engländer in eine bessere Situation, da es hinsichtlich der Lärmbelästigung nur besser werden könne. Schließlich gehe es bis weit ins nächste Jahrtausend für die gesamte Region um die Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Selbst das Ministerium sehe die Angelegenheit offensichtlich differenzierter. Seine Fraktion trete nach wie vor für eine vorbehaltlose Prüfung aller Nutzungsmöglichkeiten des Flughafengeländes ein.

Herr Tappe vertrat die Auffassung, die von Herrn Dr. Wixforth zitierte Meinung der Bielefelder SPD spiegele nur private Meinungsäußerungen einzelner wider. Die SPD-Arbeitnehmer auf Bezirksebene einschließlich der Gewerkschaft hätten sich gegen eine zivile Nutzung des Flughafengeländes ausgesprochen.

Zur Aussage des Stadtdirektors, Beschlüsse des Rates vorzubereiten, verwies er darauf, daß beim Stadtdirektor das die Erkenntnisse leitende Interesse ganz eindeutig auf den Flughafen gerichtet sei. Er vermisse in dem Zusammenhang auch Aussagen des Stadtdirektors über eine mögliche Gewerbenutzung. Schließlich kenne er keinen Flughafen, bei dem sich die Bürger nicht über Lärm beklagten.

Zum Standortfaktor erklärte Herr Tappe, Ostwestfalen benötige sicherlich einen Regionalflughafen. Dieser sei jedoch in Paderborn vorhanden. Das Interesse der Industrie, wie Siemens-Nixorf in Paderborn und Bertelsmann in Gütersloh, könne für eine solche Entscheidung kein Kriterium sein. Auch andere Regionen seien nicht besser versorgt als Ostwestfalen-Lippe. Die Entfernungen zwischen München und dem Flughafen München

II seien größer als hier die Entfernung nach Paderborn. Schließlich müsse man auch sehen, daß ohne die Politik von Herrn Gorbatschow die Schließung des Flughafens in Gütersloh kein Thema geworden wäre. Auch dann wäre niemand auf die Idee gekommen, die Flughafenfrage zum Standortfaktor für hiesige Konzerne zu machen. Standortvorteile hingen eher von den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften und einem gut funktionierenden Management ab. Die Bürger hätten zu Recht Befürchtungen, daß bei einer zivilen Nutzung auch abends und am Wochenende geflogen werde und damit die Belastung insgesamt nicht geringer werde.

Aus der Sicht der SPD werde, so Herr Tappe, der Flughafen nicht gebraucht. Seine Partei sehe jedoch ein großes Interesse der Stadt an neuen Gewerbeflächen. Dabei könne die Infrastruktur des Flughafens durchaus sinnvoll weitergenutzt werden, auch für Arbeitsplätze, und zwar für mehr Arbeitsplätze als sie ein Flughafen je bringen würde.

Herr Dr. Wixforth entgegnete zum Antrag der GRÜNEN, er werde prüfen, ob er persönlich am 18.03. nach Zweibrücken fahren könne. Die Haltung der SPD-Fraktion zur Flughafenfrage halte er für wenig zukunftsorientiert.

Herr Oldenburg erklärte, seine Fraktion habe sich bisher immer gegen ein Gutachten ausgesprochen, solange nicht klar sei, daß das Flughafengelände von der militärischen Nutzung freigestellt werde. Andererseits habe seine Fraktion nichts gegen einen Verkehrslandeplatz. Wenn man bedenke, daß in wenigen Jahren sicherlich ein Verkehrskollaps kommen werde, insbesondere durch Lkw-Verkehr, müsse man sich Gedanken darüber machen, wie man damit fertig werden könne. Vom Stadtdirektor erwarte seine Fraktion, daß er sich sachkundig mache, wie es im übrigen ja auch Herr Kniola durch seinen Besuch in Gütersloh getan habe.

Herr Brinker betonte noch einmal, daß seine Fraktion sich insbesondere gegen die einseitige Haltung des Stadtdirektors wehre. Es gehe darum, genau so viel für die Bürger zu tun, die anders denken. Es gebe eine Menge vernünftiger Daten, die alle gegen einen weiteren Regionalflughafen sprächen. Wenn man sich vorstelle, daß Gütersloh im Osten von einer Müllverbrennungsanlage und im Westen von einem Zivilflughafen beeinflusst werde, dann stelle sich auch in dieser Richtung die Frage nach der Lebensqualität. Aus seiner Sicht müßte alles getan werden, um den Fluglärm insgesamt loszuwerden. Bei einer zivilen Nutzung sei mit 100 bis 400 Flugbewegungen am Tage zu rechnen. Die Angst der Bürger vor der Belastung durch einen Zivilflughafen werde unzureichend berücksichtigt.

Herr Haug-Benien vertrat die Auffassung, jetzt müßten die Bürger mit in die Verantwortung einbezogen werden. Die weiteren Überlegungen dürften nicht am Interesse der Bürger vorbeilaufen. Gegen eine zivile Nutzung spreche die Kerosinbelastung und die Absturzgefahr, die dann weiterhin gegeben sei. Eine alternative Verwendung sei zweifellos besser, möglichst in Form einer Mischnutzung. Dabei biete sich zur Marienfelder Straße hin ein Gewerbegebiet an. Man möge nicht wie die "Kröte auf die Schlange" schauen hinsichtlich des Flughafens. Im übrigen sei es für ihn unverständlich, warum die Begehung des

Flughafens noch nicht durchgeführt worden sei.

Herr Lütkemeyer hielt der SPD vor, hinsichtlich der Überprüfung der künftigen Verwendung des Flughafengeländes im Gegensatz zum Ministerium nicht verantwortungsbewußt zu sein. Das Gesamtgelände des Flughafens lasse vielfältige Nutzungsmöglichkeiten zu, auch neben der zivilen Nutzung als Flughafen, z. B. auch für Gewerbeflächen und landschaftliche Nutzungen. Seine Fraktion nehme die Bedenken der Bürger zum Fluglärm sicherlich sehr ernst, aber eine Prüfung der künftigen Verwendungsmöglichkeit nach allen Seiten hin müsse zulässig sein.

Herr Dr. Wixforth erklärte zur Begehung, diese sei für den 23.03.1992 um 15 Uhr angesetzt worden. Nachdem das Wehrbereichskommando III einen Termin vorläufig nicht habe benennen können, habe er selbst sich bei den Engländern um einen Termin bemüht.

Weiter berichtete Herr Dr. Wixforth, er habe am Montag ein ausführliches Gespräch mit den Veranstaltern der Podiumsdiskussion gegen einen Zivilflughafen geführt. Es habe sich um ein sehr sachliches Gespräch gehandelt, wobei beide Seiten eine weitere Gesprächsbereitschaft signalisiert hätten. Hinsichtlich der Prüfung verwies er noch einmal auf die drei erforderlichen Gutachten, die möglichst von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in Auftrag gegeben werden sollten.

Zur Bedeutung des Flughafens für die Arbeitsplätze verwies er darauf, daß die Firmen Bertelsmann und Miele 8000 bzw. 5000 Mitarbeiter in Gütersloh beschäftigen, so daß man davon ausgehen könne, daß statistisch ein beachtlicher Teil der Gütersloher Bürger von diesen Arbeitsplätzen abhängig sei. Wenn von diesen beiden großen Unternehmen der Wunsch nach Überprüfung ziviler Nutzungsmöglichkeiten für den Flughafen geäußert werde, dann halte er es für richtig, sich dafür einzusetzen. Die Stadt lebe von diesen Firmen.

Herr Tappe erklärte, er vermöge nichts zu erkennen, warum das Bleiben der Konzerne in Gütersloh vom Flughafen abhängen würde. Dafür gebe es sicherlich andere Entscheidungskriterien. Man komme nicht an der Tatsache vorbei, daß im Umkreis von 40 km zwei Flughäfen vorhanden seien. Aus der Landesregierung sei ihm bisher keine Tendenz pro Flughafen bekannt. Aus seiner Sicht sei es auch nicht nötig, Millionen für die Beseitigung der Landebahn auszugeben.

Herr Brinker verwies darauf, daß es wichtig sei, wie sich die Stadt zur Flughafenfrage verhalte. Einige, offensichtlich auch im Rat, wollten lediglich den Bedarf durch entsprechende Gutachten bestätigt wissen. Er sehe es für die Stadt Gütersloh als nachteilig an, wenn der Flughafen bleiben würde.

Die Entscheidung über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

gez. Unterschritten